



Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg  
Vorsitzender der FDP/DVP-Fraktion

Wahlkreisbüro:  
Blücherstraße 7a  
75177 Pforzheim  
Telefon: 07231/1555467  
Telefax: 07231/53291  
E-Mail: [hans-ulrich.ruelke@fdp.landtag-bw.de](mailto:hans-ulrich.ruelke@fdp.landtag-bw.de)  
[www.hans-ulrich-ruelke.de](http://www.hans-ulrich-ruelke.de)

## Newsletter Februar 2011

# „Musterlände oder nordrhein-westfälische Verhältnisse — Baden-Württemberg hat die Wahl“

Liebe Mitglieder, Interessierte und Freunde der FDP,

„in Nordrhein-Westfalen wohnen die letzten Griechen Europas“, hat FDP-Generalsekretär Christian Lindner vor wenigen Tagen im Pforzheimer Ratskeller über sein Heimatland gesagt. Gemeint hat er die unglaubliche Dreistigkeit der von den Kommunisten gestützten rot-grünen Minderheitsregierung in Düsseldorf, die dringende Notwendigkeit des Sparens schlechterdings zu ignorieren und die Neuverschuldung so munter wie niemals zuvor in die Höhe zu schrauben.

Ohne Rücksicht auf die kommenden Generationen und ohne Rücksicht auf die drei Zahlmeister der Nation — frei nach dem Motto: Baden-Württemberg, Hessen und Bayern werden es ja schon über den Länderfinanzausgleich richten, wenn Nordrhein-Westfalen sich pleite gewirtschaftet hat. Wir werden gemeinsam mit unseren Freunden in Wiesbaden und München jede Anstrengung unternehmen, diesem ungerechten Transfersystem einen Riegel vorzuschieben!

„Irgendwann ist die Zitrone ausgepresst“, sprach die Sozialdemokratische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft mit Blick auf mögliche Minderausgaben Nordrhein-Westfalens und führte sogleich für Mehrausgaben in Höhe von mindestens 125 Millionen Euro das kostenlose Studium wieder ein, ließ für weitere 240 Millionen Euro die Beiträge

für das letzte Jahr in den Kindertagesstätten abschaffen und will großzügig für 32 Millionen Euro so genannte Sozialtickets verteilen. Politisch kann man darüber diskutieren, ob solche Maßnahmen sinnvoll sein mögen. Allein sie verbieten sich, wenn man wie Nordrhein-Westfalen der Schuldenkönig unter den deutschen Ländern ist und es gleichzeitig sieben andere Länder trotz zum Jahresbeginn 2010 gesunkener Steuereinnahmen geschafft haben, ihre Neuverschuldungen merklich zu senken.

Nach den jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes hat Nordrhein-Westfalen seine Neuverschuldung im Vergleich zum Vorjahr um 40,3 Prozent gesteigert. Den zweitgrößten Zuwachs hatte Bremen mit im Vergleich dazu gerade einmal 11 Prozent. Baden-Württemberg kam trotz des besonders harten Wirtschaftseinbruches mit nur 3,2 Prozent aus. Dabei ist anzumerken, dass Baden-Württemberg in den Vorkrisenjahren 2008 und 2009 ohne jede Neuverschuldung auskam. In Euro ausgedrückt verantwortet die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen eine Neuverschuldung in Höhe von mehr als 7 Milliarden nur innerhalb ihres ersten Jahres. Frau Kraft will die Verschuldung Nordrhein-Westfalens mit Hilfe von Grünen und Kommunisten bis 2014 sogar noch um 30 Milliarden erhöhen — auf dann insgesamt 160 Milliarden Euro. Allerdings hat das Landesverfassungsgericht in Münster die übermäßige Kreditaufnahme im Nachtragshaushalt für 2010 erst einmal kassiert. Eine verdiente Klatsche für das rot-grün-rote Regierungsmodell!

Baden-Württemberg ist zwar nicht Nordrhein-Westfalen — wir haben eine andere Bevölkerungsstruktur und auch eine solidere Wirtschaft — aber die Ankündigungen der Grünen und der Sozialdemokraten für den Fall einer Machtübernahme in Stuttgart, mit oder ohne kommunistische Stütze, erinnern doch ganz stark an die nordrhein-westfälischen Verhältnisse seit der dortigen Regierungsbildung. Wer sich einmal die Mühe macht, die öffentlichen Millionengeschenke zusammenzurechnen, welche die Grünen in Baden-Württemberg für den Fall eines Wahlsieges versprechen, der kommt schon ins Grübeln, warum sich die gleichen Politiker im Zusammenhang mit einer langfristig angelegten Großinvestition in die Schieneninfrastruktur als beste Freunde der Steuerzahler aufspielen. Klar ist, dass die Zeit der vor allem auch dank einer standhaften FDP erfolgreichen Haushaltskonsolidierung in Baden-Württemberg bei einem Regierungswechsel vorbei wäre.

Nordrhein-westfälische Verhältnisse drohen uns im Fall eines Regierungswechsels auch in der Bildungspolitik. Die SPD hat schon angekündigt, das dreigliedrige Schulsystem abschaffen zu wollen. Auch die Grünen haben anscheinend nichts aus ihrer in Hamburg am erbitterten Widerstand der Bevölkerung gescheiterten Schulpolitik gelernt, basteln in Nordrhein-Westfalen weiter an einer Gemeinschaftsschule und fordern dies auch für Baden-Württemberg. Sie schießen gegen das Erfolgsmodell der Werkrealschule und wollen den Wählern weismachen, es mangle in Baden-Württembergs Schulsystem an Durchlässigkeit. Dabei belegt eine Studie der Bertelsmann-Stiftung gerade das Gegenteil: Nirgendwo in Deutschland gibt es weniger Jugendliche, welche die Schule ohne einen Abschluss verlassen. Im Musterlände Baden-Württemberg sind es 5,7 Prozent, im Bundesdurchschnitt etwa 7 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern sogar 13,9 Prozent. Übrigens belegt innerhalb Baden-Württembergs der Enzkreis mit 2,4 Prozent den Spitzenplatz. Chancengleichheit heißt in der Bildung eben nicht Gleichschaltung bis zur Klasse 10, sondern Möglichkeiten zur individuellen Auswahl der geeigneten Schulform.

Liebe Mitglieder, Interessierte und Freunde der FDP,

die politische Stimmung hat sich im Vergleich zum Dezember gedreht. In Hamburg sind wir Liberalen erstmals seit sieben Jahren wieder in der Bürgerschaft vertreten. Damit sitzen wir nun in allen 16 Landesparlamenten. Auch mehr und mehr Baden-Württemberger begreifen wieder, was sie an einer starken FDP hatten und haben. Wir dürfen uns aber keinesfalls auf diesen leichten Aufwind verlassen. Die Gefahr, dass Rot-grün wieder stärker wird und dass die Kommunisten in den Landtag von Baden-Württemberg einziehen, ist real. Wir müssen bis zum 27. März 2011 um jede liberale Stimme kämpfen und dafür sorgen, dass unsere Unterstützer auch tatsächlich zur Wahl gehen. Denn deren Ausgang ist nach wie vor offen.

Ihr

Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL

Kreisvorsitzender